



Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering
15. September 1945, geboren in
Bersenbrück, Niedersachsen.
1968–1973 Studium der Rechts-
wissenschaft, Politik und
Geschichte an den Universitäten
Bonn und Genf. 1974 Promotion.
1979 Mitglied des Europäischen
Parlaments für die CDU.
1981–1991 Landesvorsitzender
der Europa-Union Niedersachsen
und 1997–1999 Präsident
der Europa-Union Deutschland.
Seit 2007 Präsident des
Europäischen Parlaments.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des Europäischen Parlaments

„Die Europäische Perspektive –
Werte, Politik, Wirtschaft und Umwelt“

Es ist eine wirklich große Ehre für mich, hier vor dem Hamburger Übersee-Club, vor Ihnen sprechen zu dürfen, meine Damen und Herren. Die Liste der von Ihrem Club eingeladenen Rednerinnen und Redner seit der Gründung im Jahre 1922 liest sich wie ein Spiegel der Zeitgeschichte, nicht allein deutscher Geschichte, sondern auch europäischer und sogar der Weltgeschichte. Das ist wohl auch kein Zufall, setzt sich doch der Übersee-Club als Zusammenschluss von Wirtschaft und Wissenschaft für ein einheitliches Handeln von Wirtschaft und Politik, für ein erfolgreiches Wirken auf den globalen Märkten und für die Weiterentwicklung der traditionellen Beziehungen Hamburgs zu diesen Märkten ein.

Ich danke vor allem Ihnen, Herr Präsident von Foerster, für diese Einladung und die damit verbundene Gelegenheit, Parallelen zwischen der geistigen Offenheit der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ideen und Idealen der Europäischen Union ziehen zu können.

Meine Damen und Herren, ich tue das als Ihr Nachbar, denn ich komme aus Niedersachsen, aus Bad Iburg, einer kleinen Stadt bei Osnabrück. Beides waren Hansestädte und noch heute gibt es jährliche oder zweijährliche Zusammenkünfte, wo das kleine Bad Iburg an der Seite der großen Freien und Hansestadt Hamburg stehen darf. Außerdem studiert einer meiner beiden Söhne hier in Hamburg. Daher habe ich eine auch über die Politik hinausgehende persönliche Bindung an diese schöne Stadt.

Hamburg hat seit jeher einen magischen Klang, eine Anziehungskraft für viele, die die Ferne, das Neue und Unbekannte suchten, die über Hamburg zu Tausenden in die Neue Welt auswanderten, aber auch für viele, die die Weltoffenheit hier suchten und fanden. Und man kann sagen, Hamburg ist ein Zentrum für Ideen und Güter aus aller Welt.

Hamburg war damit – Ihnen brauche ich das nicht zu schildern – seit jeher international ausgerichtet und ist heute eines der dynamischsten europäischen Wirtschaftszentren mit modernsten Dienstleistungen im Logistik-, Technologie- und Mediensektor. Hamburg ist Drehscheibe für den Ostseeraum und einer der führenden Standorte des Chinahandels in Europa. Es bietet und fördert Forschung auf Spitzenniveau in den renommierten Hamburger Hochschulen und positioniert sich aktiv als Metropole des Wissens, weit über Deutschlands Grenzen hinaus.

Der Übersee-Club, gegründet 1922, besteht in diesem Jahr 85 Jahre. 2007 ist aber auch das Jahr, in dem wir die Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1957 gefeiert haben, also 50 Jahre Europäische Union oder Europäische Gemeinschaft, wenn man es ganz vereinfacht sagt.

1957 sagte der damalige deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer, einer der Gründungsväter des vereinten Europa: „Unsere Enkel werden die Früchte dessen ernten, was jetzt beschlossen worden ist.“ Und in der Tat, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben in den letzten 50 Jahren Frieden, Demokratie und Wohlstand in einem historisch beispiellosen Ausmaß erleben dürfen.

Die Europäische Union hat in diesen vergangenen 50 Jahren, seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957, einen weiten Weg in Richtung einer demokratischen Europäischen Union, einer Union der Bürgerinnen und Bürger zurückgelegt. Dieser Weg, meine Damen und Herren, ist noch nicht vollendet. Wir stehen mitten in einem wichtigen Prozess der Reformen, und in der kommenden Woche am Donnerstag und Freitag werden sich in Lissabon die Staats- und Regierungschefs der Länder der Europäischen Union mit den Repräsentanten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments treffen, um den Reformvertrag auf Grundlage der Einigung des EU-Gipfeltreffens im vergangenen Juni zu beschließen. Der Vertrag könnte dann noch in diesem Jahr unter portugiesischer Präsidentschaft unterzeichnet werden und 2009 – nach Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten – vor der Europawahl im Juni in Kraft treten. Ich hoffe, dass das gelingt, alle haben jedenfalls ihr Wort gegeben.

Meine Damen und Herren, erst eben war ich im Rathaus bei Ihrem Bürgermeister Ole von Beust. Über dem Portal des Rathauses steht der Wahlspruch Hamburgs: „Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas“ – Die Freiheit, die erwarben die Alten, möge die Nachwelt sie würdig erhalten.

Die Bürgerinnen und Bürger von Hamburg sind sich der Bedeutung dieser Verantwortung, dieses Kampfes um Freiheit und Werte, wohlbewusst. Als ich durch den Großen Festsaal ging, wurde mir ein großes Bild erläutert, auf dem zu sehen ist, wie der erste Bischof Ansgar Menschen segnen will. Aber eine Person fehlt auf diesem Bild. Es ist offensichtlich jemand, der vor dem Bischof kniet. Diese Person wurde dann wegretuschiert, weil ein Hamburger nicht vor einem anderen Menschen kniet. Eine sehr sympathische Erfahrung und Verhaltensweise, meine Damen und Herren.

Gehen wir doch einmal in das Jahr 1957 zurück. Wie sah Europa aus? Europa war geteilt, die Hauptstadt unseres Landes durch eine Mauer. Mienenfelder, Stacheldraht teilten nicht nur unser Land, sondern ganz Europa. Heute gehören zur Europäischen Union nicht nur sechs Staaten wie 1957, sondern 27 Länder mit nahezu 500 Millionen Menschen. Wenn das jemand bei der Europawahl 1979, als ich das erste Mal gewählt wurde, gesagt hätte, niemand hätte das geglaubt.

Wenn mir jemand bei der ersten Europawahl 1979 gesagt hätte, dass das Europäische Parlament, wenn es einmal Einfluss und Mitentscheidungsmöglichkeiten hat, darüber mitentscheiden wird, dass Deutschland am 3. Oktober 1990 wieder vereint wird, und dass am 1. Mai 2004 acht Länder aus der Mitte Europas, nämlich drei Nationen, die von der Sowjetunion okkupiert waren – Estland, Lettland und Litauen –, die Warschauer-Pakt-Staaten Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, damals die Tschechoslowakei, Ungarn und dann Slowenien, damals Bestandteil Jugoslawiens, Mitglied der Europäischen Union werden würden, dann hätte ich geantwortet: Das ist eine schöne Vision, eine große Hoffnung, ein schöner Traum und wird auch eines Tages Wirklichkeit – aber es war nicht vorauszusehen, dass dies in unserer Generation Wirklichkeit werden würde.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine politische Wende, in der es um das Verschieben von Grenzen und das Verschwinden von Stacheldraht und Mauern und Mienenfeldern geht, sondern das ist ein zutiefst politischer, philosophischer, moralischer Vorgang, in dem sich die Menschen in der Mitte Europas zu unserer Werteordnung bekannt haben und bekennen. Ist das nicht etwas Wunderbares, nach den Verbrechen des Nationalsozialismus und des totalitären Kommunismus, dass die

Menschen so bleiben, wie sie sind, dass sie sich zu ihrer Würde bekennen und diese Würde leben wollen? Heute bekennen sich die Europäer gemeinsam zur Grundlage unserer Lebensordnung – die Würde des Menschen, die Freiheit der Person, die Verantwortung für sich selber und die Verantwortung für die Gemeinschaft, die demokratische Ordnung, die Rechtsordnung, die soziale Marktwirtschaft, die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. Und dass Solidarność in Polen diesen Weg vorangegangen ist? Meine Damen und Herren, lassen Sie uns niemals vergessen, dass es ohne den Freiheitswillen der Menschen in der DDR – wie sie sich damals nannte –, ohne den Freiheitswillen der Menschen in Mitteleuropa, einschließlich Polens mit Solidarność, niemals diese große Wende in Europa gegeben hätte. Wenn wir heute gemeinsam in dieser Europäischen Union leben, haben wir allen Anlass, uns darüber zu freuen und dankbar dafür zu sein, dass es diese Entwicklung gegeben hat.

Die deutsche Einheit, die der Erweiterung der Europäischen Union durch die eben genannten Länder um 14 Jahre vorangegangen ist, was eine große Leistung war, wäre nicht möglich gewesen ohne diesen Freiheitswillen in den anderen Ländern Europas. Dies war nur möglich mit der großen Unterstützung durch Amerika, auch das dürfen wir bei aller Kritik an den USA niemals vergessen, und der großen Unterstützung des amerikanischen Präsidenten George Bush, des Vaters. Michael Gorbatschow hat diese Entwicklung zwar nicht befördert, aber er hat, und das bleibt sein Verdienst, die Panzer nicht rollen lassen, wie es 1953 und dann immer wieder geschehen ist in der Mitte und im Osten Europas.

Nun leben wir gemeinsam in dieser Werteunion, dieser Europäischen Union. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen uns nicht einfach in unseren bequemen Sesseln zurücklehnen: Vielmehr haben wir, weil wir eine Werteunion sind, eine Verantwortung für die Menschenrechte in der Welt.

Es war vorgestern ein Jahr her, dass Anna Politkowskaja, diese große russische Journalistin, in Moskau für ihre Überzeugung ihr Leben lassen musste. Wir wollen gute Beziehungen zu Russland. Der Frieden auf unserem Kontinent im 21. Jahrhundert ist auch davon abhängig, dass Russland sich demokratisch und gut entwickelt und wir eine starke Europäische Union haben. Aber wir dürfen nicht schweigen und müssen von Russland fordern, dass die Mörder oder der Mörder von Anna Politkowskaja dem gerechten Richter überführt werden, weil auf unserem europäischen Kontinent niemand ungestraft ein Menschenleben vernichten darf.

Schauen wir nach Weißrussland, der letzten wirklichen Diktatur auf unserem Kontinent. Wir müssen Aleksandr Milinkewitsch unterstützen und diejenigen, die dort für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie eintreten. In diesen Tagen müssen wir nach Burma schauen und, auch wenn unser Einfluss natürlich begrenzt ist, der großen Friedensnobelpreisträgerin und Sacharow-Preisträgerin des Europäischen Parlamentes, Aung San Sun Kyi, unsere Solidarität und Unterstützung zeigen sowie den Mönchen, die dort für die Freiheit auf die Straße gehen.

Wenn im nächsten Jahr am 8. August die Olympischen Spiele in Peking eröffnet werden, auf die wir uns freuen, darf das nicht einfach eine Veranstaltung werden, aus der die chinesische Führung, die ja eine kommunistische Führung ist, eine große Propagandaschau machen kann. Wir müssen der chinesischen Führung in einer maßvollen Weise sagen, dass die Olympischen Spiele ein Mittel sein müssen, auch in China die Tore der Demokratie, der Freiheit stärker zu öffnen.

Wir müssen darauf bestehen, dass es eine faire und gerechte Berichterstattung über das Land gibt und über die Olympischen Spiele.

Das ist unsere Verantwortung, die wir jetzt schon wahrnehmen müssen. Wenn in China mehr Todesurteile vollstreckt werden als in der gesamten übrigen Welt zusammen, dürfen wir dazu nicht schweigen. Die Stadt Hamburg hat ein großartiges Beispiel gegeben, indem der Dalai Lama hier Ihr Gast war – ohne dass die Ein-China-Politik dadurch infrage gestellt wird. Überall in der Welt müssen wir dafür eintreten, dass die Menschen ihre Religion oder Überzeugung leben können, das dürfen wir uns durch niemanden verbieten lassen.

Das bedeutet auch – und ich sage das als Freund der Vereinigten Staaten von Amerika –, dass Guantanamo mit unserem Rechtssystem nicht vereinbar ist. Wir sind gemeinsam für die entschlossene Bekämpfung des Terrorismus, und bei der Bekämpfung des Terrorismus müssen wir alle rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, damit der Terrorismus keine Chance hat, weder bei uns noch woanders in der Welt. Aber wir müssen auch sagen, dass in unserem Rechtssystem jeder, dem ein Verbrechen vorgeworfen wird, auch Rechtsbeistand haben muss und haben kann und in einem geordneten Gerichtsverfahren die Schuld nachgewiesen werden muss. Das ist unsere Rechtsordnung, die wir nicht infrage stellen dürfen.

Meine Damen und Herren, schauen wir auf die Europäische Union, wie sie sich seit 1957 entwickelt hat. Ich bin anlässlich der Europawahlen 1979, 1984, 1989 und auch noch 1994 oft gefragt worden, warum wählen wir dich eigentlich, du hast doch nichts zu sagen?

In der Tat, meine Damen und Herren, 1979 hatte das Europäische Parlament null Komma null Gesetzgebungsbefugnisse. Auch 1984 waren diese praktisch noch null. Dann kamen die ersten Reformen, die sogenannte einheitliche Akte Mitte der 80er-Jahre, danach der Vertrag von Maastricht und dann der Vertrag von Amsterdam Mitte der 90er-Jahre, der dem Parlament die Mitentscheidung in vielen Fragen der Gesetzgebung brachte. Heute ist das Europäische Parlament in 75% der europäischen Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Ministerrat. Der Haushalt der Europäischen Union wird zwischen Parlament und Ministerrat gemeinsam festgelegt. Die Brüsseler Kommission ist zuständig für die Gesetzgebungsvorschläge, aber für die Gesetzgebung sind der Ministerrat und das Parlament zuständig. In den Fragen der Agrarpolitik entscheidet der Ministerrat heute noch alleine, allerdings muss er das Europäische Parlament anhören. Doch mit der Verwirklichung des Reformvertrages wird das Parlament auch in diesem Bereich gleichberechtigter Mitgesetzgeber.

Das Europäische Parlament kontrolliert heute auch die Kommission. Es wäre undenkbar, einen Kommissar oder eine Kommissarin bei Fehlverhalten im Amt zu halten, wenn das Europäische Parlament dem widersprechen würde. Schon heute trifft für die Kommission die Formel aus dem Vertrag zu – zunächst aus dem Verfassungsvertrag, der ja bedauerlicherweise in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist, wodurch jetzt diese große Kraftanstrengung für einen neuen Reformvertrag aufgebracht werden muss –, dass die Staats- und Regierungschefs das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament berücksichtigen sollen und müssen, wenn sie einen Vorschlag machen für den Kommissionspräsidenten.

Meine Damen und Herren, es ist doch nicht einsehbar, dass Sie das Europäische Parlament wählen und dann die Zusammensetzung des Parlamentes keinen Einfluss hätte auf die Auswahl des Kommissionspräsidenten. Dies ist eine prinzipielle Frage. Wenn Sie, die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, das Europäische Parlament wählen, dann muss dieses doch Einfluss haben auf die Spitze der Kommission. Man kann doch nicht so tun, als ob es diese Wahlen nicht gegeben hätte.

Wir haben darüber hinaus, meine Damen und Herren, und das war ein langer Weg, den Binnenmarkt noch nicht ganz, aber in großen Zügen verwirklicht, den freien Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Ich erinnere mich an eine peinliche Situation für mich 1979 im ersten Europawahlkampf. Ich vertrete die Region Osnabrück, Emsland und auch Ostfriesland. Damals gab es noch die Grenze zu den Niederlanden. Wir machten dann einen Besuch aus dem Emsland auf die andere Seite der Grenze in den Niederlanden, und ich hatte meinen Ausweis nicht dabei. Es war dann die Hauptschlagzeile, dass der Kandidat für das Europäische Parlament seine Unterlagen nicht dabei hatte.

Die Grenzkontrollen sind dann schrittweise abgebaut worden. Das ist zunächst ganz pragmatisch gelaufen. Wenn abends um 10 Uhr die kleineren Grenzübergänge zugemacht wurden, musste man damals 30 oder 40 km zum nächsten größeren Grenzübergang fahren, wenn man von den Niederlanden oder von Deutschland kam. Man hat sich damit geholfen, dass bekannte Grenzgänger auch um die Schlagbäume herumfahren durften, aber das galt nur für einen geografisch sehr eng begrenzten Bereich. Dort, wo dies nicht mehr galt, waren die Leute natürlich verärgert.

Dann kam die große Anstrengung, dass die Grenzen vollständig abgebaut wurden. Sie erinnern sich an die Debatte über die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Für die Deutschen war es natürlich schwierig, Abschied von der D-Mark zu nehmen, das ist sehr verständlich. Sie hier in Hamburg und als Kaufleute taten sich leichter, den Euro zu akzeptieren, Sie haben ihn auch gefordert. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, es gäbe heute bei den Turbulenzen in der Welt nicht die gemeinsame europäische Währung und es gäbe Abwertung und Aufwertung im Verhältnis der Währungen von Frankreich zu Deutschland, von Italien zu Deutschland und zwischen den europäischen Ländern. Das wäre eine wirtschaftliche Katastrophe, und der europäische Binnenmarkt würde in sich zusammenbrechen. In Deutschland waren die Befürchtungen verständlicherweise groß. Aber sie waren unberechtigt. Es wurde befürchtet, der Euro könne nicht stabil sein. Und heute leben wir in einer Situation, in der wir sagen müssen, 1,40 im Verhältnis zum Dollar, das ist eigentlich zu viel. Die Stabilität ist also da, und deshalb verteidigen wir auch die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank. Es ist alles besser gekommen, als wir gedacht haben.

Kehren wir für einen Moment zurück nach Hamburg. Man muss es hier eigentlich nicht ausdrücklich sagen, aber die Wiedervereinigung Europas oder die Überwindung der Teilung Europas war gerade für Hamburg als Handelsdrehscheibe von entscheidender Bedeutung. Seit dem 14. Jahrhundert im Rahmen der Hanse der wichtigste deutsche Umschlag- und Stapelplatz zwischen Nord- und Ostsee, ist Hamburgs Wohlstand auch heute nach wie vor zu einem bedeutenden Teil von Frieden und der Möglichkeit zum freien Handel in der Region und darüber hinaus abhängig. Gerade die Zusammenarbeit mit den Ostsee-Anrainern hat für die Hansestadt Hamburg eine über die Jahrhunderte gewachsene Tradition. Der Beitritt Polens und der baltischen Staaten zur Europäischen Union hat die Chancen Hamburgs enorm verstärkt, von der Dynamik und der wirtschaftlichen Verflechtung zu profitieren. Der Wirtschaftsstandort Hamburg ist auf offene Grenzen und eine enge internationale Kooperation angewiesen. Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland profitiert die Hansestadt daher vom europäischen Integrationsprozess.

Mit der Erweiterung ist Hamburg als östlicher Hafen der Nordsee und westlicher Hafen der Ostsee zum zentralen Drehkreuz des Ost-West-Verkehrs geworden. Das wirtschaftliche Potenzial der neuen Mitglieds-

staaten ist enorm und sorgt auch in Hamburg für einen spürbaren wirtschaftlichen Aufwind. So konnte beispielsweise 2004 allein der Containerverkehr mit der Ostseeregion via Hamburg einen Zuwachs von 15,6% verzeichnen. Der Hamburger Hafen konnte seine Position als Ostseeverkehrsdrehscheibe damit auch im Wettbewerb mit Rotterdam und Bremen ausbauen, etwa ein Zehntel des gesamten Hamburger Außenhandels entfällt allein auf die Ostsee-Anrainer. Insgesamt ist im Jahr 2006 der Wert des Außenhandels zwischen Hamburger Unternehmen und Firmen aus dem Ostseeraum gegenüber 2005 um 32% gestiegen. Dabei entfällt mittlerweile der überwiegende Anteil auf die neuen Staaten Polen und das Baltikum sowie auf Russland.

Diese Überwindung der Teilung Europas, die für Hamburg so vorteilhaft war, ist unter dem Strich auch vorteilhaft gewesen für die Bundesrepublik Deutschland. Aber leider leben die Menschen oftmals in einer anderen psychologischen Welt, sodass sie dies nicht erkennen. Hier liegt genau die Forderung, die wir aufstellen müssen. Herr Präsident von Foerster, Sie haben ja gefragt, wie man das ändern kann. Ich habe meinen Besuch heute Mittag beim NDR begonnen, und wir haben über diese Fragen auch gesprochen. Wir müssen erreichen, dass Europa so dargestellt wird, wie es wirklich ist, mit seinen positiven Entwicklungen, die überwiegen, aber natürlich auch mit seinen Schwächen. Wenn man die ganze Woche nur von den Fehlentwicklungen redet und von Skandalen und Skandälchen und sie dann auch noch größer macht, als sie sind, kann man nicht erwarten, dass die Leute am Sonntag ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament wählen.

Ich will hier keine Medienschelte betreiben, sondern es geht mir um das Prinzip: Es muss erreicht werden, dass wir auf allen Ebenen, auf der regionalen Ebene, auf der nationalen Ebene, die Berichterstattung über die Europäische Union in einem neutralen, objektiven Sinne verbessern. Ich bitte auch Politikerinnen und Politiker aller Ebenen, dass sie die Europapolitik nicht den Europapolitikern, den Europaabgeordneten überlassen, sondern dass wir dieses als gemeinsame Anstrengung verstehen.

Europa, meine Damen und Herren, beginnt nicht in Brüssel und in Straßburg, sondern Europa beginnt dort, wo wir zu Hause sind. Für Sie beginnt Europa hier in Hamburg. Und das Bekenntnis, manche würden auch von Zuneigung oder Liebe sprechen, zur eigenen Heimat, zur eigenen Stadt – ich habe im Rathaus eben gesehen: Vaterstadt, Vaterland wurde es genannt in der Überschrift über einer Tür – das Bekenntnis zur eigenen Stadt, zum eigenen Land, der Bundesrepublik Deutschland, und Europa, das gehört zusammen. Wir sollten keinen Gegensatz zwischen diesen Ebenen schaffen und darüber hinaus daran denken, dass wir eine Verantwortung für die Welt haben.

In Europa, meine Damen und Herren, ist die Wirtschaft das Wichtigste. Die Wirtschaft ist wichtig. Wenn die Wirtschaft nicht läuft, dann bricht vieles zusammen. Aber Europa ist im Kern ein kulturelles Unternehmen. Kultur bedeutet, dass wir aufeinander hören. Es ist ein ganz einfacher Vorgang. Wir müssen erkennen, dass wir in der Europäischen Union in dem ganzen Prozess der Globalisierung – und hier ist Hamburg ja mit den technologischen Möglichkeiten, mit der Luftfahrtindustrie und mit allem, was Sie hier haben, im Spitzenfeld oder ganz oben im Spitzenfeld – durch mehr Wettbewerbsfähigkeit und durch mehr Forschung und Entwicklung neue Akzente setzen und dass wir in den Zukunftsbereichen mehr zusammenarbeiten müssen. Wir haben gemeinsam mit Freude zur Kenntnis nehmen können, dass der neue, energiegeladene französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der im Übrigen einmal unser Kollege im Europäischen Parlament war, gesagt hat, wir

bräuchten eine Reform der Agrarpolitik – und in der Agrarpolitik ist schon sehr viel zum Guten reformiert worden. Aber wenn wir in Zukunft mehr Finanzmittel in Forschung und Entwicklung anstatt in die Agrarpolitik geben, ist das der richtige Weg.

Wir erkennen, wie wichtig heute die Bereiche Energie und Umwelt sind, sie hängen zusammen. Der Bereich Energie ist im Übrigen einer, von dem vor wenigen Jahren auch unsere verantwortlichen nationalen Politiker sagten, das sei nicht etwas, was Europa beschäftigen müsse. Aber heute wissen wir, dass die Energieversorgung von Russland als ein Mittel der Außenpolitik eingesetzt wird. Ich kritisiere das nicht, sondern stelle das einfach nur fest. Aber darauf muss die Europäische Union eine Antwort geben.

Ich möchte hier auch eine Lanze brechen für unsere polnischen Partner. Ich selbst bin in Polen vor einigen Wochen sehr stark kritisiert worden, weil ich zum Tag der Heimat zu den Vertriebenen gegangen bin und dort eine Rede gehalten habe. Entscheidend war nicht, was ich in dieser Rede gesagt habe, die jeder Pole hätte akzeptieren können, sondern die Tatsache, dass ich überhaupt dorthin ging. Aber in Europa dürfen Sie nicht das eine mit dem anderen vergelten, sondern es gibt immer einen neuen Anfang.

Wenn die Polen befürchten, sie würden eines Tages – wofür es ja keinen Beweis geben kann, weil es zukünftige mögliche Ereignisse sind – durch Russland abgeschnitten von der Energieversorgung, müssen wir dieser Befürchtung Polens gerecht werden. Das heißt, wenn wir jetzt ein Partnerschaftsabkommen mit Russland auf einer wirklich qualifizierten Grundlage abschließen, das die Partnerschaft EU-Russland weit ins 21. Jahrhundert führen soll, muss diesem berechtigten Interesse Polens auch Rechnung getragen werden. Das heißt für uns, dass wir in der Energiefrage solidarisch sind in der Europäischen Union. Die Solidarität in der Europäischen Union ist die Grundlage, auf der sich die europäische Einigungspolitik weiterentwickeln kann. Es darf keine Vereinbarung eines Mitgliedsstaates mit Russland geben, durch die die Befürchtungen Polens verstärkt werden. Das heißt, wir müssen die Solidarität zur Grundlage machen, denn wenn ein Mitgliedsland der Europäischen Union Sonderbeziehungen zu Russland hat – und andere Mitgliedsländer der Europäischen Union Sonderbeziehungen zu anderen Drittstaaten haben –, bricht die Europäische Union auseinander, weil dann nicht mehr die Solidarität das Bindeglied zwischen den Europäern ist. Deswegen muss die Solidarität immer im Vordergrund stehen. Natürlich ist die Solidarität nie eine Einbahnstraße, sondern immer eine Zweibahnstraße. Wer Solidarität fordert, muss auch bereit sein, Solidarität selber zu geben.

Sie, meine Damen und Herren, in Hamburg wissen um die großen Gefährdungen durch den Klimawandel. Wir haben gerade heute in einer großen deutschen Zeitung noch einmal gelesen, dass der Vorsitzende des Weltklimarats, der Inder Pachauri, gesagt hat, es sei billiger zu handeln und die notwendigen Maßnahmen zu treffen, als nicht zu handeln. Der Preis der Untätigkeit würde bei Weitem die Kosten der zu beschließenden Maßnahmen übersteigen. Wir dürfen Ökonomie und Ökologie nicht als einen Gegensatz verstehen, sondern sollten die Ökonomie in einem guten Sinne für die Ökologie nutzen. Wenn wir hören, dass uns unsere amerikanischen Freunde in der Entwicklung neuer Technologien beim Umweltschutz überlegen sind, muss uns das herausfordern, eine vergleichbare Anstrengung zu unternehmen, dass wir den Klimaschutz nutzen, um auch ökonomisch, technologisch, forschungsmäßig einen Sprung nach vorne zu tun.

Wir sollten nicht mehr dem Denken anhängen, dass Ökologie und Ökonomie in jedem Fall ein Gegensatz sind. Wenn zum Beispiel infolge der Eisabschmelzung am Nordpol die Nord-West-Passage schiffbar geworden ist, hat das viele Auswirkungen, und am Ende wird es so sein, dass die Völker, Regionen und Städte in Seenähe die größten Opfer bringen müssen. Sie wissen hier in Hamburg besser als andere, was 1962 die große Sturmflut für Sie bedeutet hat.

Wenn sich die Staats- und Regierungschefs – und ich glaube, ich verstoße hier nicht gegen das Gebot meiner parteipolitischen Neutralität in meiner Aufgabe – am 8. und 9. März unter der klugen Führung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel verständigt haben, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20% zu reduzieren und den Einsatz erneuerbarer Energien zu steigern, müssen wir bemüht sein, andere mitzunehmen, wie die Amerikaner, die Chinesen, die Inder, die Russen und andere. Das ist eine wichtige Führungsaufgabe für die Europäische Union. Es ist eine friedliche Aufgabe, den Umweltschutz, den Klimaschutz zu fördern, oder wie ich es eher vorziehe zu sagen, die Schöpfung, wo es denn geht, zu bewahren.

Ich habe gestern im deutschen Fernsehen gehört, dass das Ozonloch kleiner wird, weil die FCKWs, Fluorchlorkohlenwasserstoffe, eben nicht mehr so in die Luft hineintransportiert werden, wie das früher der Fall war. Wenn das wahr ist, zeigt das doch, dass wir durch menschliches Handeln etwas erreichen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen, das vielleicht hier im Norden Deutschlands, im Norden Europas, weit weg liegt, aber es ist ein Thema, das uns alle zutiefst beschäftigen muss. Es ist die Frage, wie es gelingen wird, dass Europa und die westliche Welt mit der islamischen Welt, mit der arabischen Welt zusammenlebt. Ein bedeutender amerikanischer Wissenschaftler hat den Zusammenprall der Kulturen vorhergesagt. Ich finde, es wäre politisch verantwortungslos, anzunehmen, dass es zwangsläufig so kommen müsse, denn das wäre eine „Selffulfilling Prophecy“.

Wir müssen alle unsere Anstrengungen darauf richten, dass wir mit der arabischen und islamischen Welt in Partnerschaft und, wo es geht, in Freundschaft zusammenleben. Ich habe mir für die Zeit, die mir als Präsident des Europäischen Parlaments gegeben ist, also bis zu den nächsten Europawahlen 2009, vorgenommen, hier meinen Beitrag zu leisten, damit es zu diesem Dialog der Kulturen kommt. Das Jahr 2008 ist im Übrigen das Jahr des Dialogs der Kulturen.

Aber, meine Damen und Herren, dieser Dialog der Kulturen ist nicht eine Sache für schöne Worte, sondern der Dialog muss beruhen auf Wahrheit und auf gegenseitiger Toleranz. Ich möchte Ihnen an einem Beispiel erläutern, woran ich denke. Ich habe in den letzten Jahren vielleicht 20 arabische Staaten besucht, im Mai 2007 Israel, wo ich auch vor der Knesset gesprochen habe. Im Jahr 2002 war ich in Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens, und habe dort mit einem sehr weisen, hohen Vertreter des islamischen Glaubens, dem Vorsitzenden des Schurates, eines Beratungsgremiums des Königs, gesprochen. Am Ende des Gespräches fragte dieser wirklich großartige Mann, wie Moslems in Deutschland und in Europa behandelt werden. Meine Antwort war, sie seien nicht immer so integriert, wie wir uns das wünschen, aber sie hätten ihre Gebetshäuser und oft auch ihre Moscheen. Aber, Exzellenz, war meine Gegenfrage, stimmt es, dass nach dem Recht Ihres Landes eine Moslima, ein Moslem, die Christ werden möchten, mit dem Tode bestraft werden können? Ich habe keine Antwort bekommen. Das war die Antwort, und der uns begleitende deutsche Botschafter fand es mutig, diese Frage anzusprechen.

Meine Damen und Herren, ich halte das überhaupt nicht für mutig, sondern wenn der Dialog der Kulturen erfolgreich sein soll, und er muss erfolgreich sein im gegenseitigen Interesse, dann kann nicht die eine Seite tolerant sein und der anderen Seite Intoleranz gestattet werden. Sondern der Dialog der Kulturen muss sich gründen auf Wahrhaftigkeit und auf gegenseitige Toleranz.

Die Europäische Union ist nicht vollkommen. Was könnte auch schon vollkommen sein auf dieser Erde. Aber dieses Europa hat sich in die richtige Richtung entwickelt und hat eine sehr gute Entwicklung hin zu Freiheit, Demokratie und der Menschenwürde genommen. Aber jede Zeit hat ihre neuen Bedrohungen, und eine der größten Bedrohungen, die vom Menschen ausgehen, ist der Terrorismus. Wir müssen ihn entschieden bekämpfen mit allen Gutwilligen in dieser Welt.

Wir müssen erreichen, dass die jungen Menschen verstehen, welches der Weg Europas in der Vergangenheit war, wo wir heute stehen und wohin wir in der Zukunft gehen wollen. Dieses Verständnis der jungen Menschen können nicht allein die Politikerinnen und Politiker erreichen und auch nicht allein die Medien, hier müssen auch die Eltern und die Schulen helfen.

Wenn wir in der nächsten Woche in Lissabon über den Vertrag sprechen, ist das nicht nur ein beliebiges Ereignis. Es ist sehr viel mehr. Wir haben aus unserer europäischen Geschichte gelernt. Wenn wir nicht wollen, dass Konflikte in Europa mit Gewalt ausgetragen werden, dann brauchen wir eine Rechtsordnung und Verträge, die zu mehr Demokratie, zu mehr Transparenz, zu mehr Parlamentarismus führen und vor allen Dingen zu mehr Handlungsfähigkeit. Das kann nur erreicht werden, indem sich alle Regierungen der 27 Länder der Europäischen Union mit Zustimmung der nationalen Parlamente und mit der Zustimmung des Europäischen Parlamentes darauf einigen. In Europa gilt, anders als in den meisten Teilen der Welt, dass das Recht die Macht hat und nicht die Macht das Recht hat. Das ist die große Errungenschaft der europäischen Einigungspolitik, und ich danke Ihnen, Herr Präsident von Foerster, dass Sie dieses zu einem Thema des heutigen Abends gemacht haben. Es ist für mich eine große Freude, heute hier zu sein, eine große Ehre und auch eine Ermutigung.

Danke an die große Freie und Hansestadt Hamburg, die sich orientiert an unserem deutschen Vaterland und an der europäischen Einigung und die wie wenige andere Städte in der Welt weltoffen ist. Das ist ein Beispiel, dem wir nacheifern wollen.

Vielen Dank!